

1 **Resolution für den Landeshauptausschuss am 14. März 2015 in Bad Krozingen**

2

3 **Mehr Chancen durch mehr Freiheit – Die Transatlantische Handels- und** 4 **Investitionspartnerschaft TTIP**

5 Freihandelsabkommen werden aus einer Vielzahl von Gründen geschlossen, die neben
6 ökonomischen auch (geo-) politische Ziele beinhalten. Aus wirtschaftlicher Sicht sollen die
7 Abkommen den Handel zwischen den Partnern fördern und Beschäftigung und Wohlstand
8 steigern.

9 Nach einem Bericht der World Trade Organisation (WTO) wurden im Jahr 2013 rund 500
10 bilaterale und regionale Handelsabkommen in Kraft gesetzt und der WTO gemeldet.
11 Zusätzlich geht die WTO davon aus, dass weitere 100 Freihandelsabkommen bereits in Kraft
12 getreten sind, deren Meldung der WTO noch nicht vorliegen.

13 Als langjähriger Partner der Europäischen Union sind die Vereinigten Staaten von Amerika
14 ein natürlicher Ansprechpartner, um die bestehenden politischen und wirtschaftlichen
15 Verbindungen zu stabilisieren und zu vertiefen. Das Ziel der Wohlstandssteigerung soll mit
16 dem TTIP-Abkommen, gerade in diesen für viele europäische Staaten wirtschaftlich
17 schwierigen Zeiten, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse bringen, ohne deren
18 Staatshaushalt zusätzlich zu belasten.

19 Zusätzlich muss betont werden, dass das TTIP vor allem positive Effekte für den Mittelstand
20 in Deutschland bringen wird. Große Konzerne konnten bereits in der Vergangenheit
21 Handels- und Zollhemmnisse beispielsweise durch Tochterunternehmen an regionalen
22 Standorten umgehen oder Zulassungs- und Entwicklungskosten für andere Märkte leichter
23 finanzieren. Die neuen Chancen für kleinere und mittlere Unternehmen durch den Abbau von
24 Zöllen, der Harmonisierung von industriellen Normen und Zulassungsverfahren sind damit im
25 Vergleich größer.

26 Dabei wird speziell Baden-Württemberg von einer Transatlantischen Partnerschaft
27 profitieren. Die USA sind für BaWü nach wie vor der wichtigste Handelspartner noch vor
28 Frankreich und China. Bereits heute stammen 10% der baden-württembergischen
29 Exporteinnahmen aus dem Handel mit den USA. In konkreten Zahlen waren es 18,6 Mrd.
30 Euro im Jahr 2013. Geht man von einem moderaten Wohlstandsgewinn in Deutschland aus
31 (für viele europäische Länder werden höhere Wohlstandszuwächse erwartet), so werden die
32 Chancen für Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich
33 höher sein: Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch einen Abbau der tarifären
34 Handelshemmnisse (bspw. Einfuhrzölle) und nicht-tarifären Handelshemmnissen
35 (beispielsweise unterschiedliche Zulassungsverfahren von Produkten) insbesondere der
36 Fahrzeugbau, der Chemiebereich sowie der Maschinenbau profitieren würden – alles
37 Wirtschaftszweige, die in Baden-Württemberg besonders stark vertreten sind.

38 **Möglichkeiten für Mensch und Umwelt**

39 Das Freihandelsabkommen mit den USA ist im Bereich des Verbraucher- und
40 Umweltschutzes mit Ängsten behaftet. Die Angst vor unhygienischem Rohmilchkäse ist in
41 den USA so verbreitet wie die Angst der Deutschen vor mit Chlor desinfiziertem
42 Hühnerfleisch. Und glaubt man den Lebensmittelexperten beider Länder sind beide Ängste
43 gleichermaßen überzogen.

45 Verbraucher- und Umweltschutzstandards sind in Deutschland gewachsen und begründen
46 ein hohes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber in Deutschland gehandelten Waren. Aber
47 auch die Amerikaner haben Standards, welche teilweise höher sind als die deutschen oder
48 europäischen. Die US Food and Drug Administration gilt als die mächtigste
49 Verbraucherschutzbehörde weltweit. Sie kontrolliert die Sicherheit von Lebensmitteln,
50 Kosmetika und Medikamenten. Und speziell im letztgenannten Bereich sind die
51 amerikanischen Standards den europäischen voraus.

52 Statt aus nationaler Sicht das Abkommen als einen Angriff auf die deutschen und
53 europäischen Standards zu sehen, kann man es auch als Chance begreifen: Die Chance
54 alte, gewachsene Standards auf den Prüfstand zu stellen und global einen neuen Maßstab
55 nach westlicher Prägung zu schaffen.

56 Letztlich handelt es sich bei TTIP um einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten
57 Parteien. Die gegenseitige Anerkennung und die Entwicklung neuer Standards für zukünftige
58 Produkte sollten im Vordergrund stehen. Die Verhandlungen bieten die Möglichkeit, aber
59 auch Bewährtes zu verteidigen: Deutschland oder die EU müssen dann klarstellen, welche
60 Umwelt- und Verbraucherschutzstandards nicht verhandelbar sind und diese vom Vertrag
61 ausnehmen.

62 Ziel ist eine Angleichung der Schutzvorschriften auch im Bereich der Arbeitsrechtsnormen.
63 Hier befürchten deutsche Gewerkschaften ein Absinken der Standards, während
64 amerikanischen Gewerkschaften darauf hoffen die arbeitsrechtlichen Bedingungen an das
65 europäische Niveau angleichen zu können. Auch im Bereich des Berufsrechts gilt es die
66 Verhandlungen aktiv zu begleiten. Speziell im Bereich des Handwerks verfügt Deutschland
67 über ein weltweit einmaliges und erfolgreiches Berufs- und Ausbildungsrecht, welches
68 unbedingt schützenswert ist!

69 **Verhandlungsführung – aus Fehlern lernen**

70 Um die Verhandlungen erfolgreich abschließen zu können brauchen wir kompetente,
71 engagierte Vertreter der Länder und Bürger. Die Vorschriften des Lissaboner Vertrags über
72 die Arbeitsweise der europäischen Union bestimmen die Rahmenbedingungen für das
73 Verhandlungsmandat zum TTIP. Das Mandat ist genau definiert, die Inhalte bekannt. Auch
74 wurden von Beginn an Informationspflichten der Verhandlungsführer gegenüber den
75 handelspolitischen Ausschüssen des Rats sowie des Parlaments geregelt.

76 Die Information der Politik ersetzt jedoch nicht die Information und Diskussion mit den
77 Menschen. Die Ablehnung der Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Verhandlungen, die sie
78 nicht unmittelbar nachvollziehen können war der Nährboden für Fehlinformationen und
79 Skepsis gegenüber dem gesamten Vertrag. Diese Umstände hat der ehemalige
80 Handelskommissar De Gucht nicht nur unterschätzt – mehr Transparenz gab es erst zu spät.
81 Inzwischen ist das „Wie“ der Verhandlungen für die allgemein e Akzeptanz ebenso wichtig
82 wie das „Was“.

83 Unter der neuen Handelskommissarin Cecilia Malmström wurden wichtige Änderungen
84 eingeführt. Seit Anfang 2014 begleitet eine sogenannte Beratergruppe die Verhandlungen.
85 Diese besteht aus Experten in den Bereichen Verbraucherschutz, Arbeitsrecht, Umwelt,
86 Gesundheit, Wirtschaft, verarbeitende Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen.

87 Es finden regelmäßig Veranstaltungen mit Vertretern der Gewerkschaften, der
88 Verbraucherverbände, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft statt, um die Interessen und
89 Bedürfnisse aller Betroffenen zu verstehen und dementsprechend in den Verhandlungen
90 reagieren zu können. Auch im Internet findet man detaillierte Informationen über den
91 Verhandlungsfortschritt und die einzelnen Kapitel.

92 Letztlich muss das, was am Ende zur Entscheidung vorliegt, die Zustimmung des
93 europäischen Parlaments finden. Wir Freien Demokraten wissen, dass unsere Vertreter im
94 europäischen Parlament den Vertrag prüfen und ihre Entscheidung abwägen werden und am
95 Schluss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas die richtige Entscheidung treffen
96 werden.

97 **Investitionsschutzabkommen – neue Chancen auch für deutsche Firmen**

98 Auch mögliche Differenzen zwischen Wirtschaft und Staaten sollen im
99 Freihandelsabkommen geregelt werden. Aber genau diese sog. Investitionsschutzklauseln
100 stoßen gerade in der deutschen Bevölkerung auf massive emotionale Ablehnung. Mit einer
101 Investitionsschutzklausel verpflichten sich Staaten oder Staatengemeinschaften
102 Schiedsgerichte als alternative Klagemöglichkeit neben dem ordentlichen Rechtsweg zu
103 akzeptieren.

104 Die Schiedsgerichtsbarkeit – wie sie mit dem Investitionsschutzabkommen eingerichtet
105 werden soll – hat in Deutschland eine über hundert Jahre alte und bewährte Tradition. Die
106 Schiedsgerichtsbarkeit hat auf europäischer und globaler Ebene dazu beigetragen, dass die
107 Rechtssicherheit größer geworden ist. Weltweit existieren rund 3000 bilaterale
108 Investitionsschutzabkommen. Allein 1400 von europäischen Staaten, Deutschland selbst hat
109 bereits 137 Abkommen abgeschlossen. Nicht nur Deutschland, auch Europa hat daher
110 vielfältige Erfahrungen mit dem Abschluss von Investitionsschutzabkommen – zugunsten der
111 europäischen Staaten.

112 Das bedeutet natürlich, dass an die Einrichtung der Schiedsgerichte Anforderungen gestellt
113 werden müssen. Im Ergebnis müssen diese ebenso sorgfältig und unabhängig arbeiten wie
114 unsere eigenen Gerichte auch.

115 Es ist in unserem Interesse, dass sich unsere Partner aus weniger rechtssicheren Ländern –
116 dazu verpflichten, sich auf neutrale Schiedsgerichte einzulassen. Dieses Interesse können
117 wir jedoch nur dann durchsetzen, wenn auch wir zeigen, dass wir diesen Gerichten
118 vertrauen. Nicht umsonst bestand die EU in vergangenen Verhandlungen um
119 Freihandelsabkommen auf Schiedsgerichte.

120 Nachdem die Kommission die Öffentlichkeit gebeten hatte, ihr Rückmeldungen zu den
121 umstrittenen Investor-Schiedsverfahren zu geben, arbeitet sie nun an einem verbesserten
122 Vorschlag, der u.a. die Kritik einer fehlenden Revisionsinstanz im aktuellen Investor-
123 Schiedsverfahren aufgreifen und optimieren wird.

124 Wichtig ist, dass nicht der Anschein entsteht, diese Verfahren würden hinter verschlossenen
125 Türen stattfinden. Gerade wenn Staaten involviert sind, hat die Öffentlichkeit ein berechtigtes
126 Interesse zu erfahren wie die Verfahren laufen und was die Ergebnisse der Verfahrens sind.
127 Um dies zu gewährleisten, existiert im Investitionsschiedsverfahren grundsätzlich keine
128 generelle Vertraulichkeitspflicht der Parteien. So kann der betroffene Staat seine Bürger über
129 den Verlauf der Verhandlungen und deren Ergebnisse informieren.

130 In der Praxis hat sich sogar gezeigt, dass Investitionsstreitigkeiten meist „öffentlicher“ geführt
131 werden als andere Verfahren. In der Praxis sind die meisten Schiedssprüche heute für
132 jedermann frei zugänglich sind. Damit gehen die dort vermittelten Informationen weit über
133 das hinaus, was beispielsweise im deutschen Zivilprozessrecht vorgeschrieben ist.

134 **Mit Herz und Verstand handeln und verhandeln – Die Chance in der Freiheit sehen**

135 Auch wenn das Verhältnis zwischen den USA und Europa, gerade in der jüngsten
136 Vergangenheit, auch einige Unstimmigkeiten aufwies, die Abhörungspraktiken der NSA um
137 nur ein Beispiel zu nennen: Die USA war und ist ein traditioneller und zuverlässiger Partner
138 Deutschlands und Europas. Diese Verbindung zu vertiefen birgt für beide Seiten Chancen:
139 Europa erhält neue Impulse für Wirtschaftswachstum und die historische Chance
140 gemeinsam mit den USA weltweit bessere Standards zu setzen und so für die globale
141 Bevölkerung höhere Lebensstandards zu erzielen. Deutschlands Wirtschaft kann neue
142 Wachstumsmärkte für sich erschließen und Baden-Württemberg wird von einer
143 vereinheitlichten Zulassung seiner Produkte in den großen Markt der USA profitieren.

144 Für die Freien Demokraten ist es selbstverständlich, dass im Bereich des Umwelt- und
145 Verbraucherschutzes qualitativ keine Abstriche gemacht werden dürfen. Die Verhandlungen
146 müssen transparent gestaltet sein, die Bürger müssen auf dem Weg mitgenommen werden.
147 Wir stehen für eine sachliche Debatte und consequenten Verhandlungen mit den USA. Auf
148 der anderen Seite wollen wir unbegründeten Ängsten mit Aufklärung begegnen. Immer dann,
149 wenn Deutschland und Europa den Freihandel vorangetrieben haben, hat Baden-
150 Württemberg profitiert: **Freihandel hat für unternehmerische Chancen gesorgt,**
151 **Wohlstand geschaffen und Beschäftigung gesichert.**

152 Für uns entscheidet das Ergebnis – enthält der fertige TTIP Vertrag diese Kriterien, werden
153 wir diesem zustimmen. Bis dahin, sollten wir Freien Demokraten dem Projekt
154 aufgeschlossen und positiv gegenüberstehen!